



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Gesundheitsausschuss	28.11.2019	öffentlich	Bericht

**Betreff:**

**Gesundheitliche Beratung nach §10 Prostituiertenschutzgesetzes in Nürnberg - eine Bilanz**

**Anlagen:**

Anlage 1: Sachstandsbericht

Anlage 2: Diversity-Check

**Bericht:**

Die Fachstelle sexuelle Gesundheit (FSG) am Gesundheitsamt Nürnberg hat im Juli 2017 als eines der ersten Gesundheitsämter in Bayern mit der gesundheitlichen Beratung nach §10 Prostituiertenschutzgesetz begonnen. Nach zwei Jahren können wir die anfangs gemachten Prognosen mit der tatsächlichen Beratungsaktivität vergleichen. Dabei wird deutlich, dass die Prognose der durchzuführenden Beratungen vor allem in 2018 übertroffen und in 2019 wahrscheinlich weit übertroffen wird. Die Schwierigkeiten, die ein überwiegend nicht deutschsprechendes Klientel mit sich bringt, konnten durch die Einführung des Videodolmetschens gemildert werden. Das quantitative und qualitative Beratungsniveau kann nur durch die Einbeziehung aller Mitarbeiter der FSG aufrechterhalten werden. Eine Stellenanpassung, wie in der Prognose beschrieben, konnte durch den Doppelhaushalt 2019/2020 und die Deckelung für 2020 nicht erfolgen.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
nicht in 2019/2020, Doppelhaushalt mit Stellendeckelung 2020

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft  nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)  
 Ja  
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans  
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von                      Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)  
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
Eine Abstimmung mit DIP kann erst für das HhJ 2021 erfolgen

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
siehe Anlage

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

